



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hoetzsch, Otto: Deutsche Weltpolitik nach der Orientkrise

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Deutsche Weltpolitik nach der Orientkrisis

Von Prof. Dr. Otto Hoegsch in Berlin



ie Balkankrisis, die monatelang Europa in Atem und in manchmal täglicher Erwartung des Kriegausbruches gehalten hat, darf als beendet gelten, wenigstens insoweit, als die Beziehungen und Interessen der großen Mächte dabei in Frage kommen. In Rußland ist die besonnene und nur vom realen Interesse des eigenen Reiches geleitete Staatskunst der Minister Sazonow und Kokowzow siegreich geblieben gegenüber einer zwar kleinen, aber einflußreichen und sehr viel Lärm machenden Gruppe. Wenn nun auch die Liquidation und das Verhältnis der Balkanstaaten zueinander noch manche Schwierigkeiten machen werden, so darf doch mit einer gewissen Sicherheit damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit aus diesem alten Hexentessel keine internationalen Verwicklungen hervorgehen werden.

Dafür haben sich die Großmächte nun mit der neuen Lage abzufinden.

Das wesentlichste daran ist zunächst doch, daß sich der Jahrhunderte alte und dadurch historisch gewordene Gegensatz Österreichs und Rußlands in dieser orientalischen Frage nun allmählich lösen muß. Zwischen beiden stehen die emporgekommenen Balkanstaaten, namentlich Bulgarien, und schließen nach menschlichem Ermessen territoriale Ausdehnung jener beiden in der orientalischen Frage rivalisierenden Großmächte nunmehr aus. Das ist für den Frieden Europas und für das europäische Konzert zweifellos ein Gewinn, weil die damit sich anbahnende Friedlichkeit zwischen Rußland und Österreich naturgemäß auf die Kriegsstimmung Frankreichs gegen Deutschland niederdrückend wirken muß.

Vom Standpunkt der beiden Großmächte ist dieser Ausgang freilich nicht so erwünscht.

Rußland kann sich allerdings damit abfinden: seine ruhigen Politiker haben schon seit dem Krimkrieg und dem Kriege von 1877 auf 1878 ein-

sehen gelernt, daß die alten Pläne Peters und Katharinas der Zweiten auf eine Ausdehnung des russischen Reiches in die Gebiete der orthodoxen Balkanflawen nicht durchführbar sind. Außerdem aber bleibt das realste Interesse Rußlands an der europäischen Seite dieser Frage durch die Entwicklung des letzten Winters ganz unberührt: die Frage der freien Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen. Da Bulgarien nicht in den Besitz Konstantinopels gekommen ist, bleibt diese Frage nach wie vor unverändert und kann Rußland eine Gelegenheit abwarten, die ihm diese für seine Machtentwicklung unbedingt notwendige Durchfahrt gewährt. Zudem aber hat der Krieg ja auch in keiner Weise die Interessen Rußlands in Kleinasien betroffen, wo eine möglicherweise in nicht zu ferner Zeit einsetzende Expansion Rußlands es für jene Verschiebung schadlos halten wird.

Dagegen ist die Konsequenz aus den Entscheidungen dieses Winters für den österreichischen Staat doch unerfreulich genug, und das muß zurückwirken auf die Art, in der wir in Deutschland das ganze Problem betrachten. Österreich hat definitiv, so weit man dieses Wort politisch überhaupt aussprechen darf, jene nach Südosteuropa gerichtete Politik aufgeben müssen, die in früherer Zeit mit dem Namen des Prinzen Eugen verbunden wurde, die es dann eineinhalb Jahrhundert — seit der Aufgabe von Belgrad — gänzlich liegen ließ und zu der es in der Neuzeit drei Anläufe nahm: unter dem Grafen Andrássy, unter dem Freiherrn von Aehrenthal und unter dem Grafen Berchtold.

Uns beschäftigen naturgemäß die beiden letzten Vorstöße am nächsten. Es ist keine Frage, daß sie mit ihrem anscheinend deutlich ausgesprochenen Willen zu einer aktiven Orientpolitik Österreichs in Deutschland mit lebhafter Zustimmung begleitet worden sind. Alles, was den mit uns auf das engste verbundenen österreichischen Staat konsolidiert, — und das tut eine energische und einheitlich nach außen betriebene Politik immer — mußte und muß uns hochwillkommen sein. Und darum ist es auch für den Deutschen doch schmerzlich zu sehen, daß diese beiden Anläufe in der Hauptsache gescheitert sind und zwar so, daß eine Wiederaufnahme jener österreichischen Politik im früheren Sinne nicht möglich ist. Ich glaube nicht, daß der endgültige Besitz Bosniens und der Herzegowina die Preisgabe des Sandjak aufwiegt, und vor allem den endgültigen Verlust von Saloniki, dessen große Bedeutung für Österreich z. B. der verstorbene Kronprinz Rudolph lebhaft betonte. Denn auch daß den Serben der Zugang zur Adria verwehrt ist, daß Skutari von Montenegro geräumt wurde und die albanische Frage im österreichischen Sinne der Lösung zugeführt werden soll, ist dafür ebensowenig ein Äquivalent, wie die an sich und für den Dreibund hocherfreuliche Tatsache, daß die ganze Krisis Italien und Österreich einander näher geführt hat.

Der Reichsdeutsche vermag sich kein Urteil zu bilden über die Einzelheiten der österreichischen Politik in diesem Winter und es widersetzt uns

naturgemäß auch, an dieser Politik unseres Bundesgenossen, mit dem wir gegebenenfalls zusammen zu fechten bereit waren, herumzukritteln. An der Tatsache freilich ist kaum etwas zu ändern, daß diese Politik nicht klar hat erkennen lassen, wo eigentlich ihre Ziele lagen, welches die Grenzen seien, hinter die man unter keinen Umständen zurückgehen würde, und daß infolgedessen, wie gesagt, der Ausgang unter allen Umständen mit einem Minus für Österreich abschließt.

Das wirkt aber auf Deutschland zurück. Denn dessen Stellung zur gesamten orientalischen Frage wird naturgemäß auch eine andere, wenn die Österreichs sich verändern muß. Es wird eine Hauptaufgabe unserer Politik in der nächsten Zeit sein, mit den Balkanstaaten, die ja nun ihre friedliche Konsolidierung anstreben werden, in gute und freundliche Beziehungen zu kommen, was an sich nicht schwer sein kann, da die realen Interessen aufeinander zuweisen. Aber die Konstellation ist für uns jetzt gegenüber dem erweiterten starken Bulgarien, gegenüber den gleichfalls gewachsenen Serbien und Griechenland eine andere als vorher. Der Zugang zum Ägäischen Meer, wie ihn Saloniki darstellt mit seiner Richtung auf Smyrna und die Bagdadbahn, ist auch nicht mehr in dem bescheidenen Maße zu Österreichs Verfügung, wie die Mehrenthalsche Politik das vor fünf Jahren proklamierte.

Regt mithin dieser Ausgang an sich an, die Orientierung der deutschen Weltpolitik erneut zu durchdenken, so kommt auf der anderen Seite dafür hinzu, daß in der Krisis des letzten Winters die Stellung Englands zu Deutschland eine völlig andere geworden ist. Es ist ein Wandel vom Herbst 1911 bis zum Mai 1913, der in höchstem Grade erfreulich ist und von dem nur zu wünschen ist, daß er von Dauer sein möge. Für die Orientierung unserer großen Politik ist das insofern von Belang, als ja bisher, da das Gespenst des englisch-deutschen Krieges immer drohte, Deutschland naturgemäß auf jedem Wege seiner weltpolitischen Expansion England als den gegebenen Widersacher und Gegner vorfand. Wird das jetzt anders werden? Wirkt die freundschaftliche Gemeinschaft beider Staaten in der Lösung der Balkankrisis so weit, daß nunmehr auch an anderen Stellen der Erde sich jene Rivalität lösen kann?

Für diese Erwägungen kommt eine kleine Schrift gut zurecht, die unlängst erschienen ist: *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg?* Von * *. (97 Seiten. Berlin 1913. Puttkammer u. Mühlbrecht.) Man lasse sich durch den Titel nicht abstoßen, der allerdings so unglücklich wie möglich ist. Der Verfasser will sagen, daß eine deutsche Expansion in der Gegenwart möglich sei durch diplomatische Mittel ohne kriegerische Auseinandersetzung. Er hätte nur nicht das im Titel so ausdrücken sollen, daß das Ausland meinen muß, Deutschland wolle überhaupt an eine Möglichkeit kriegerischen Auftretens nicht denken. Gerade in einer Zeit, in der wir aus sehr begründeter Überlegung unsere Landmacht außerordentlich zu verstärken uns bemühen, hätten Verfasser und Verleger sich

das überlegen sollen. Auch in solchen Kleinigkeiten muß man auf die Wirkung bedacht und der Verantwortung sich bewußt sein. Ich fürchte, daß gerade der Titel, dem übrigens der Inhalt keineswegs etwa in Friedensseligkeit und dergleichen entspricht, manchen abschrecken wird, die Schrift zur Hand zu nehmen.

Diesem Inhalte aber rechtfertigt es sich näherzutreten. Denn wie man sich im einzelnen auch zu ihrem Gedankengang stellt, die Schrift ragt durch ruhige und sehr kenntnisreiche Betrachtung der großen Politik sehr hoch über ähnliche Erzeugnisse hervor. Mit Rücksicht auf gegenteilige Behauptungen sei übrigens besonders betont, daß die Schrift in keiner Weise offiziösen oder offiziellen Ursprunges ist.

Die Lage Deutschlands wird darin von jenem Grundgedanken aus untersucht, daß eine deutsche Expansion, über deren Begründung und Notwendigkeit kein Wort weiter zu verlieren ist, mit friedlichen Mitteln und ohne Krieg in heutiger Zeit durchführbar sei. Doch sei zu dem Motiv deutscher Expansion hier eins besonders bemerkt. Es hat sich im letzten Jahrzehnt einigermaßen gewandelt, insofern die alte Anschauung, daß Deutschland für seinen Bevölkerungsüberschuß Ackerbaukolonien brauche, zunächst widerlegt ist durch die Tatsache, daß nicht nur dieser Überschuß seine Nahrung in Deutschland findet, sondern, wie bekannt, wir sogar alljährlich hunderttausende nichtdeutscher Arbeiter heranziehen müssen. Und wenn Land für den Überschuß gebraucht wird, so ist dieses in unserem Osten ja reichlich vorhanden. Aber damit ist diese Frage nicht abgemacht. Wir haben heute zwar keinen Überschuß an Masse, den wir nach außen abzugeben hätten, wohl aber einen solchen Überschuß an Intelligenz. Die sehr ernste Frage, was auf die Dauer mit der immer mehr anschwellenden Menge akademisch Gebildeter werden soll, wird jetzt zu einem Motiv unserer Expansion. Wir brauchen Gebiete, wohin wir derartige Kräfte abgeben können, wo diese natürlich nicht selbst mit den Händen zu arbeiten hätten, sondern wo sie die Organisierung der Arbeit zu übernehmen und zu leiten hätten. Das trifft zusammen mit der anderen Notwendigkeit, daß unserer Volkswirtschaft immer mehr Rohstoff liefernde tropische und halbtropische Gebiete angegliedert werden müssen.

Wir stimmen dem Verfasser der Schrift darin zu, daß die Rückenbedeckung in Europa gegeben sein muß durch den Dreibund, dessen rein defensiver Charakter gegenüber mancherlei Überspannungen der Gegenwart mit Recht ausführlich betont wird, und durch freundliche Beziehungen zu Rußland. Zu dieser einen unerschütterlichen Grundtatsache unserer großen Politik kommt die andere hinzu, daß, wie es hier ausgedrückt wird, die deutsche Expansion unter allen Umständen an den Kanonen der englischen Nordseeflotte vorbei muß. Von diesen beiden Grundtatsachen aus ist die Frage zu stellen: wo liegt die Richtung oder wo liegen die Richtungen einer deutschen Expansion?

*

*

*

Die deutsche Expansion hat sich, seit Deutschland überhaupt in diesem Sinne Weltpolitik betreibt, ohne besonderen Zusammenhang, ja in ziemlicher Zersplitterung vollzogen. Wir haben uns zur gleichen Zeit in drei Kontinenten engagiert. Wir setzten uns in Kiautschau fest, erwarben die spanischen Inseln des Stillen Ozeans, begannen die Bagdadbahn und schlossen mit England ein Geheimabkommen über gewisse afrikanische Gebiete. Wir können die Gründe für diese Zersplitterung der Politik ebenso auf sich beruhen lassen, wie die für die Unsicherheit unserer öffentlichen Meinung über die Richtungen, in denen sich unsere Expansion bewegen soll. Wünschenswert ist unter allen Umständen, daß sich beides mehr kläre und daß sich in unserer öffentlichen Meinung vor allem das Chaos expansionspolitischer Ideen, die wir seit Mitte der neunziger Jahre hin und herbewegt haben, etwas setze. Es hat wohl bisher nicht anders sein können; Deutschland kam, wie so oft gesagt worden ist, als letzter in diese Weltpolitik hinein und mußte zugreifen, wo sich etwas bot, mußte auch, was gegenüber dem Tadel daran in dieser Schrift hervorgehoben sei, erst einmal überhaupt weltpolitische Erfahrungen machen, überhaupt erst in größerem Maßstabe aufs hohe Meer und über See hinaus gezogen werden. Aber nach ziemlich zwei Jahrzehnten solcher weltpolitischen Betätigung und Stimmung ist es allerdings erwünscht, daß wenige, aber klare Ziele und Richtungen sich herausarbeiten und mit voller Konzentration verfolgt werden. Denn darin liegt doch ein grundsätzlicher Unterschied, der auch bleiben wird, zwischen der englischen und deutschen Weltpolitik, daß die englische als die Politik einer überragenden Seemacht sich nach allen oder wenigstens vielen Richtungen erfolgreich betätigen kann, der deutschen aber bei der geographischen Lage dieser ausgesprochenen Landmacht das nur in wenigen oder nur in einer Richtung erfolgreich möglich ist. Unsere Schrift legt nun allen Nachdruck darauf, daß dies nur in einer Richtung möglich sei, und sucht als solche die Betätigung in Mittelafrika zu erweisen, andererseits die im nahen Orient als nicht nützlich und gefährlich darzustellen. Sie verlangt mit anderen Worten eine völlige Revidierung der Anschauung über Deutschlands Interessen im nahen Orient, die sich gerade in den letzten Jahren erst mehr zu verbreiten begann, und eine ausschließliche Konzentration deutscher Betätigung auf Zentralafrika.

Es kommt nun darauf an, was man unter „Betätigung“ versteht. Meint man damit lediglich die Schaffung wirtschaftlicher Interessen, Kapital- und Wareneinfuhr, Abgabe von Intelligenz in fremde Gebiete, so ist nicht einzusehen, warum Deutschland mit seiner Kapitalkraft und seinem Überschuß an Intelligenz nicht in beiden Richtungen tätig sein könne, warum es nicht das eine tun und das andere nicht lassen solle. Versteht man aber unter solcher Betätigung die Schaffung einer mehr oder minder ausschließlich für Deutschland reservierten Interessensphäre, die gegebenenfalls auch politisch und militärisch zu verteidigen sei, so liegen die Dinge anders, und diese Schrift erwirbt sich im gegenwärtigen Augenblick ganz zweifellos ein Verdienst, wenn sie zu erneutem

Durchdenken der deutschen Politik im nahen Orient in dieser Beziehung veranlaßt.

Das entschiedene Eintreten für Österreich in jenen beiden Krisen ist bei uns vielfach und mit Recht auch damit motiviert worden, daß mit durch die österreichische Politik den deutschen Exportinteressen ein dauernd freies Feld geschaffen werden solle in den zukunftsreichen Gebieten der Balkanhalbinsel und dann auch Vorderasiens. In manchen Schriften dazu sah man schon ein großes deutsch-österreichisch-balkan-türkisches wirtschaftliches Interessengebiet zwischen Hamburg, Triest, der Südspitze Griechenlands und dem Ausgang der Bagdadbahn vor sich. Eine merkwürdige und immerhin beachtliche Äußerung des bekannten englischen Kolonialpolitikers Harry Johnston, die diesen Gedanken in recht abenteuerlicher Fassung aussprach, ist für diese Auffassung gewissermaßen als Schwurzeuge herangezogen worden. Wir verkennen nicht, daß in solcher Betrachtung ein großer zukunftsreicher Zug liegt, und sehen nicht ein, warum in Deutschland dergleichen nicht ausgesprochen werden soll, da es sich ja doch nicht um die Gewinnung politischer Interessensphären oder Kolonien handelt, sondern nur um ein großes wirtschaftliches Interessengebiet. Aber dabei ist nicht zu vergessen und das macht es wiederum schwer, sich diesem zweifellos verlockenden Gedankengang hinzugeben, daß heute die wirtschaftlichen Interessen auf diesem Gebiete im Gesamtbereich unserer Interessen noch erst einen verhältnismäßig geringen Teil einnehmen. Sie betragen doch für unseren deutschen Gesamthandel in Ausfuhr und Einfuhr, selbst wenn man dabei Österreich, Italien, die gesamte Türkei, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Griechenland zusammenrechnet, nur höchstens ein Sechstel (1911 von 17,8 Milliarden Mark nur 2,7 Milliarden). Ob diese Interessen in großem Umfange steigerungsfähig sind, auch wenn die Bagdadbahn alle auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt, ist doch recht zweifelhaft. Es ist ganz richtig und wird jetzt auch mit gutem Grunde häufiger betont, weil es für unser Verhältnis zu England von großer Wichtigkeit ist, daß im Überseehandel England nach wie vor an der Spitze bleibt und die große Vorwärtsbewegung Deutschlands vor allem aus seinem Landhandel stammt. Aber dabei muß gleich beachtet werden, daß innerhalb dieses Landhandels die Interessen Deutschlands gegenüber jenem (schon sehr weit gezogenen) Gebiete Südosteuropas und Vorderasiens nicht erheblich viel größer sind, als seine wirtschaftlichen Interessen mit Rußland (Gesamthandel in 1911 für jenes Gebiet 2,7 und mit Rußland 2,2 Milliarden Mark). Schon diese wirtschaftliche Teilung weist darauf hin, daß die Stellung Deutschlands zum nahen Orient kompliziert genug ist. Dauert die innere Erstarkung Rußlands an, so wird in absehbarer Zeit das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an seinem östlichen Nachbarn das am nahen Orient erreicht oder übertroffen haben.

Zu diesen wirtschaftlichen Interessen Rußland gegenüber kommen aber weiter die politischen. Wie schon betont wurde, rückt der asiatische Teil

der Türkei für Rußland in immer stärkere Beleuchtung, je mehr es sich daran gewöhnen muß, seinen Ansprüchen auf den europäischen Teil zu entsagen. Bei jedem Engagement Deutschlands also nach dieser Richtung hin ist doppelt und dreifach zu erwägen, ob es nicht die allgemeinen Beziehungen zu Rußland gefährdet, die heute trotz allem im großen und ganzen gut und günstig geworden sind. An jener einen Grundtatsache unserer Lage nach außen, den guten Beziehungen zu Rußland, darf auch die Betätigung Deutschlands im Orient nicht rütteln.

Sie darf das um so weniger jetzt, da sich eben durch den letzten Winter die Verhältnisse grundlegend geändert haben, da, wie nun nochmals betont sei, eine aktive Balkanpolitik Österreichs nicht mehr möglich ist und die Erwartungen auf eine Gesundung der Türkei in bisherigem Umfange sich nicht erfüllt haben. Durch diese Entwicklung kommt Deutschland in die Lage, bei einem übermäßigen Engagement im nahen Orient dieses von sich aus und zur See, d. h. dann gewissermaßen als Mittelmeermacht, verteidigen zu müssen. Davon kann aber gar keine Rede sein und unter diesen Gesichtspunkten kann z. B. eine beinahe programmatische Äußerung nicht als politisch richtig und günstig bezeichnet werden, wie sie der deutsche Botschafter in Konstantinopel am 27. Januar 1913 mit seinem Hinweis auf die vitalen Interessen Deutschlands in Anatolien getan hat. Niemand, der die expansiven Kräfte unseres Volkes kennt, wird gegen ihre Betätigung in Kleinasien sein oder von der Preisgabe unserer Interessen dort reden können. Aber ich glaube, daß eben die Ereignisse des letzten Winters und ihre Folgen uns sehr ernsthaft veranlassen, genau zu überlegen, wie weit dabei gegangen werden kann. Wirtschaftliche Betätigung ist schon deshalb weiterhin nötig, weil bereits hunderte von Millionen deutschen Kapitals dort arbeiten. Aber Deutschland darf sich dort nicht ein System von Interessen schaffen, das zu politischen und militärischen Engagements führen würde, weil es dann in der ungünstigsten Situation den Kampf darum zu beginnen hätte, die sich denken läßt. Die Grenze, die dort der Betätigung Deutschlands vom Standpunkte seiner realen Interessen aus gezogen ist, ist ganz klar. Sie ist wohl in der Politik des Freiherrn von Marschall, der seine bedeutende staatsmännische Kraft für ein zweifellos großes Ziel deutscher Auslandspolitik ganz einsetzte, überschritten worden und die Folge macht sich jetzt bemerkbar, wo die große Umgestaltung in der orientalischen Frage in der Hauptsache perfekt ist.

Demgegenüber fordert unsere Schrift, die wir zum Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung nehmen, daß Deutschland sich vielmehr mit aller Kraft nach einer anderen Richtung seiner Expansion wende, wo jene allgemeinen politischen Bedenken nicht vorhanden seien, nämlich nach Zentralafrika. Dort sollen für uns die „besten und man muß hinzufügen, die einzigen Aussichten“ liegen. Das ist übertrieben und wirkt so noch stärker, weil es sich um Gebiete handelt, die nicht mehr frei sind, sondern Portugal und Belgien gehören. Die Schrift wendet sich auch mit vollem Recht sehr entschieden gegen eine

Auffassung, als wenn Deutschland seine Expansion politisch auf diese Gebiete ausdehnen solle, und versicht nur die Forderung stärkster wirtschaftlicher Interessierung im ganzen zentralafrikanischen Gebiete mit Portugal und Belgien zusammen, besonders zunächst in verkehrspolitischer Beziehung, für die ganz Zentralafrika als ein einheitliches Gebiet behandelt werden müsse. Es ist mißlich, sich auf dieses Terrain zu begeben, wo sofort Mißdeutungen laut werden können und der andere Teil, in diesem Falle Belgien und Portugal, stutzig werden muß. Immerhin kann ruhig der Zweifel ausgesprochen werden, ob die beiden Staaten auf die Dauer in der Lage sein werden, diese ihre Kolonien zu behaupten, ebenso wie ein solcher Zweifel in bezug auf Holland und seine Südseekolonien ausgesprochen werden kann. Denn die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, daß, je mehr die Weltpolitik die ganze Erde umfaßt, um so mehr nur große Staaten darin dauernd mitsprechen können. Deshalb wird ja z. B. die Idee des Balkanbundes über alle kleineren Gegensätze hinaus mit elementarer Kraft wirksam bleiben, wenn überhaupt die dort emporstrebenden Staaten irgend etwas bedeuten wollen. Und so ist es auch in bezug auf das Mißverhältnis, das heute zwischen den beiden europäischen Staaten Portugal und Belgien einerseits und ihrem Kolonialbesitz anderseits besteht. Aber dergleichen im einzelnen zu erörtern, ist nicht opportun. Dagegen ist allerdings für diesen Gedanken zu fragen, wie die wirklich großen Kolonialmächte in Afrika zu einer Idee stehen, die auf eine stärkere wirtschaftliche Durchdringung Zentralafrikas mit deutschem Kapital, deutscher Technik und Intelligenz hinweist. Das sind Frankreich und England.

*

*

*

Die Aufteilung Afrikas, die in den siebziger Jahren begann, ist in der Hauptsache heute zum Stillstand gekommen, zu einem Stillstand, der ebenso wenig wie alles Gewordene ewig zu sein braucht, mit dem aber für unsere politischen Kombinationen gerechnet werden muß. England und Frankreich haben sich durch das Abkommen von 1904 geeinigt, und die daraus für England ersließenden Verpflichtungen sind mit dem Marokko-Kongo-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich erledigt. Man darf wohl annehmen, daß Frankreich, das ja mit Marokko reichlich zu tun hat, in bezug auf afrikanischen Kolonialbesitz „saturiert“ ist und daß es einer wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands in Zentralafrika nicht entgegenreten würde. So mühsam die Verhandlungen 1911 waren, so ist doch aus ihnen der fruchtbare Gedanke hervorgegangen einer Ausdehnung Deutschlands an eines der großen Stromsysteme selbst. Diese Bedeutung des Abkommens vom November 1911 kann mit aller absprechenden Kritik an unseren neuen Erwerbungen nicht aus der Welt geschafft werden, mit einer Kritik übrigens, der, auch wenn sie von Fachmännern aus Augenschein geübt wird, immer die Unsicherheit ihrer Grundlage entgegengehalten werden muß. Befräftigt wird diese Auffassung und die Möglichkeit weiterer

Entfaltung ferner dadurch, daß Frankreich im Abkommen mit Deutschland zwar nicht ausdrücklich auf sein vertragsmäßiges Vorkaufsrecht auf den Kongo verzichtet, aber sich verpflichtet hat, im Kongobecken keine territorialen Veränderungen vorzunehmen ohne Deutschland und die anderen Signatarmächte der Kongoakte, so daß also die weitere internationale Behandlung des Problems gesichert ist. Und das ist für Deutschland zunächst die Hauptsache.

Wichtiger bleibt aber doch die Haltung Englands. In dieser ist nicht nur allgemein, sondern auch Afrika gegenüber eine deutlich erkennbare Änderung eingetreten. Die vorliegende Schrift erinnert mit berechtigtem Nachdruck an die außerordentlich wichtige Erklärung, die Sir Edward Grey im Parlament am 27. November 1911 abgegeben hat und die hier im Hauptteile wieder gegeben werden muß:

„Nach meiner Ansicht — wenn ich auch in dieser Frage nur für mich selber sprechen möchte — ist es eine weise Politik für England, daß wir uns so wenig wie möglich weiter ausdehnen, namentlich durch künftige Erwerbungen in Afrika. Natürlich gibt es gewisse Gebiete in Afrika, die in absoluter Grenznachbarschaft mit britischen Besitzungen liegen, namentlich mit denen der südafrikanischen Union, und die wir nicht in andere Hände kommen lassen könnten, wenn territoriale Veränderungen stattfinden sollten. Und wenn es zu großen territorialen Veränderungen käme, so würde es in der Nachbarschaft britischen Gebiets andere Fragen wie Grenzregulierungen geben. Aber das ist keine Expansionspolitik, und wenn es so große territoriale Veränderungen in Afrika geben sollte, die natürlich in Freundschaft und durch Verhandlungen mit anderen Mächten zustandekommen müßten, dann sind wir, wenn Deutschland mit anderen Ländern freundschaftliche Vereinbarungen in bezug auf Afrika treffen will, nicht bestrebt, ihm und den anderen Ländern in den Weg zu treten. Ich halte das für eine weise Politik für England, und wenn es für uns eine weise Politik ist, sich nicht in große Expansionspläne einzulassen, so würde es nach meiner Meinung diplomatisch wie moralisch falsch sein, anderen gegenüber eine mißgünstige Politik zu verfolgen.“

Diese Erklärung ist damals vom Führer der Opposition gleichfalls abgegeben worden. Ihr Sinn ist seitdem, auch in bezug auf andere Expansionsgebiete der Erde, z. B. auf Persien, häufiger wiederholt worden, so daß wir berechtigt sind, darin eine dauernde Neuorientierung der großen englischen Politik zu sehen, für die sich ja auch sonst, in der Haltung Englands zur Balkankrise, im — soweit man davon sprechen kann — politischen Programm des Königs Georg u. ä., eine ganze Reihe Symptome anführen lassen. Der durch die englische Politik jetzt gehende Gedanke scheint doch zu sein das Bemühen, die Selbstverwaltungscolonien enger mit dem Reiche zu verbinden und, worauf in unserer Schrift nicht hingewiesen wird, Ägypten und Indien unbedingt zu sichern und zu diesem Zwecke gleichfalls miteinander zu verbinden. Man ist daher in Afrika vorläufig gleichfalls saturiert, freilich mit allen Vorbehalten, die in der Rede

Sir Edwards ja recht deutlich ausgesprochen sind. Ist das alles richtig, dann würde England einer stärkeren deutschen Expansion in Zentralafrika nicht feindlich gegenüberstehen und auch an seiner Seite stehen, wenn in diesen Gebieten Neuordnungen Platz greifen würden, wie sie z. B. der vielberufene Geheimvertrag zwischen England und Deutschland über Portugiesisch-Südwestafrika von 1898 schon vor Jahren als möglich in Aussicht nahm. Im einzelnen darauf einzugehen, ist gar nicht möglich, da hier in dieser Beziehung alles hypothetisch ist. Und leicht wird es nicht sein, Fragen, wie z. B. das Katanga-Problem, in dem Sinne zu lösen, wie ihn unsere Schrift anscheinend für möglich hält.

Darin aber stimmen wir mit ihr überein und darin liegt ihr Verdienst, daß sie auf zweierlei so entschieden hinweist: auf die unbedingte Notwendigkeit für Deutschland, sein Kapital und überhaupt seine expansiven Kräfte stärker in Zentralafrika zu entwickeln, und zweitens, daß eine deutsche Expansion überhaupt und unter allen Umständen nur möglich ist unter Zustimmung Englands. Diese Zustimmung muß Deutschland entweder freundschaftlich erwerben oder sich erkämpfen. Jetzt liegt erfreulicherweise die erstere Alternative im Bereich des Möglichen, nachdem es lange Jahre geschehen hatte, als könne sich Deutschland die Ellbogenfreiheit nur in einem Kriege mit England erkämpfen. Und wenn hier mit aller Vorsicht und gutem Willen weiter gearbeitet wird, so ist wohl auch möglich und zu hoffen, daß dauernde Früchte daraus erwachsen. Immer und immer wieder muß unsere öffentliche Meinung auf das Unerbittliche dieser Situation hingewiesen werden und muß sie bei jeder Einzelfrage die Erwägung anstellen, ob sie ein Durchbiegen mit allen Mitteln und allem Risiko wert ist und ob die allgemeine Situation Deutschlands das gestattet, die, wie zum Überfluß nochmals betont werden mag, von jenen beiden oben bezeichneten Grundtatsachen nicht abweichen darf. Wir glauben, daß bei aller Schwierigkeit der Probleme, die sowohl in Afrika wie in Vorderasien liegen, zwischen Deutschland und England auf diesem Wege erfolgreich und freundschaftlich weitergegangen werden kann und daß die Hoffnungen unserer Schrift in gewissem Maße berechtigt sind. Nur müssen wir uns dabei völlig von der Vorstellung frei machen, als ob uns bei diesen Auseinandersetzungen etwas eigentlich bereits gehöre. Ein Recht auf koloniale Gebiete hat nur, wer die Macht hat. Die hat England in Ägypten und in Südafrika und anderswo gehabt. Und die damit gegebene Situation muß jede ernsthafte Erörterung bei uns einfach akzeptieren. Die oft angestellte Erwägung, daß England sich so viel erworben habe und wir nichts, daß gewissermaßen erst eine Rechnung über alles das aus den letzten zwei oder drei Jahrzehnten aufgestellt werden müsse, ist, wenn sie menschlich auch erklärlich ist, politisch einfach naiv und scheidet aus jeder ernsthaften Diskussion mit den anderen, aus der wir für uns etwas wollen, aus.

Es sind nicht gerade einfache und mit wenigen Schlagworten auszudrückende Gedankengänge, die durch diese Broschüre ausgelöst werden. Das ist aber

das Charakteristische für unsere Weltpolitik überhaupt und das will naturgemäß der allgemeinen Beurteilung bei uns so sehr schwer eingehen, die erklärlicherweise immer kurze, bestimmte Schlagworte und Forderungen verlangt, die nicht einsteht, warum es dem Engländer oder Russen möglich ist, mit wenigen Worten seine weltpolitischen Ansprüche auszudrücken, und warum uns das nicht auch möglich sein soll. Wer sich mit den Dingen beschäftigt, braucht dafür keine Erklärung. Das ist eben die Folge der deutschen Geschichte seit Beginn der Neuzeit, an der wir tragen, die überall in der Gegenwart noch auch in den kleinen politischen Geschäften des Tages sich spürbar macht. Es ist auch keine Frage, daß dadurch unsere offizielle auswärtige Politik einen Zug der Undurchsichtigkeit und Unübersichtlichkeit erhalten kann. Der Verständige wird sie darum nicht schelten können, sondern spüren, daß sie sich der Kompliziertheit unserer Lage und der Schwierigkeit, unsere Forderungen im einzelnen klar zu formulieren, stets bewußt ist. Daß sie dabei die großen Grundtatsachen unserer politischen Existenz immer fest im Auge hält, sollte man ihr vielmehr danken. Grundsätzliche Kritik, wie sie bei uns zur Genüge und oft genug ohne ausreichende Kenntnis geübt wird, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn diese Kompliziertheit unserer Lage und Stellung zum Vorwande genommen würde für die Vernachlässigung unserer eigentlichen Lebensinteressen, mit anderen Worten: für die Scheu auch vor einem Kriege. Das ist aber erst recht nicht der Fall. Unzweideutig genug ist von Deutschland mehrmals in den letzten Jahren erklärt worden, daß es vor einem Kriege nicht zurückscheut, und vielleicht noch wirksamer als dies ist, daß im letzten Winter neben der klug sich zurückhaltenden, auf den Frieden bedachten Diplomatie unseres Reiches von demselben Staatsmann die Durchführung der größten Rüstungsvorlage in die Wege geleitet worden ist, die Deutschland bisher gesehen hat. Das gehört innerlich durchaus zusammen, und aus all den schwierigen und nicht ganz übersichtlichen Gedankengängen, die hier entwickelt worden sind, leuchtet doch mit größter Stärke das eine hervor, daß Deutschland in der Hauptsache, ohne daß wir das (rückendeckende) Bündnis mit Österreich unterschätzen wollen, auf seine eigene Kraft angewiesen bleibt. Wenn die deutsche große Politik in den Wirrnissen dieses Winters unbedingt auf den Frieden hingearbeitet, zugleich aber um eine entsprechende Rüstung unseres Volkes sich bemüht hat, für den Fall, daß aus allem doch die Notwendigkeit eines nicht gewollten, aber auch nicht gefürchteten Krieges entspringt, so stand und steht sie damit auf einem Standpunkte, der genau den realen Interessen unseres Volkes entspricht. Sie beherzigt dabei vollkommen die abgedroschen klingenden und doch ewig wahr bleibenden alten Sätze, daß die Politik die Kunst des Möglichen und der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

